

1. Mai 2006: Ansprache Max Chopard-Acklin in Aarau

Es ist überall zu hören und zu sehen: Der 1. Mai 2006 steht unter dem Titel: „Löhne rauf + Lohngleichheit jetzt!“ Dieser Slogan ist nicht nur warme Luft. Dahinter steckt mehr. Gute und faire Löhne sind ein Muss, damit soziale Spannungen ausbleiben.

Die Wirtschaft hat sich in letzter Zeit erholt. Daran wollen wir teilhaben. Es braucht nicht nur steigende Börsengewinne und Managerlöhne. Es braucht vor allem wieder mehr Jobs und Lohngerechtigkeit! Absahner wie die Herren Vasella oder Ospel, die ihre unglaublichen 24 Millionen Franken im Jahr mit grösster Selbstverständlichkeit verteidigen, sind nur die besonders unverfrorene Spitze des Eisberges.

Bodenhaftung verloren

Vielen Managern geht offenbar einfach die Bodenhaftung verloren. Sie predigen Wasser und trinken Wein. Sie haben selber keine Ahnung, wie es für eine Familie in der Schweiz ist, wenn sie von plus-minus 4000 Franken im Monat leben muss. Deshalb verteidigt diese abgehobene „Classe Management“ weiterhin die unsozialen Kopfprämien bei den Krankenkassen und sie wehrt sich vom hohen Ross herab gegen die Anhebung der Löhne normaler Angestellter. Diese „Classe Management“, die letztes Jahr ihr Einkommen um durchschnittlich gegen 14 % gesteigert hat, fordert von Angestellten Mässigung und zeigt sich knauserig in den Lohnverhandlungen.

Den Vogel abgeschossen haben die Berufsverbände dieser „Classe Management“ aber mit der Ankündigung des Referendums gegen die schweizerische Mindestkinderzulage von 200 Franken pro Monat. Diese Vorlage, so ist zu hören, sei unzweckmässig und masslos. Masslos ist vor allem die Arroganz und Ignoranz derjenigen, die hinter solchen Aussage gegen die bescheidene Forderung von 200 Franken für die Mindestkinderzulage stehen.

Nicht länger hinhalten lassen

Müssen wir diesen abgehobenen Managern glauben? Müssen wir uns ducken? Müssen wir der „Classe Management“ zuliebe den Gürtel enger schnallen? Nein, müssen wir nicht. Jetzt ist die Zeit reif, um Gegensteuer zu geben. Wir müssen zusammenstehen und uns wehren. Unsere unüberhörbare Botschaft muss lauten:

Klappt die Lohnschere zu! Löhne rauf und Lohngleichheit jetzt! Wir lassen uns nicht länger hinhalten:

- Die Produktivität ist weiter gestiegen.
- Immer weniger Leute leisten immer mehr.
- Im Jahr 2005 stiegen die Gewinne der Schweizer Wirtschaft insgesamt um 23 Prozent.
- Der Umsatz pro Beschäftigtem stieg im Durchschnitt um 3,2 Prozent.
- Und die Kapitalrenditen sind 2005 im Schnitt auf 14,3 Prozent gestiegen.

Die Zahlen zeigen es: Wenn wir Gewerkschaften dieses Jahr antreten und verlangen: „Löhne rauf + Lohngleichheit jetzt!“, dann basiert diese Forderung auf Fakten. Diese Fakten dürfen nicht länger ignoriert werden!

Lohngleichstellung statt Diskriminierung

Wir verlangen faire und gerechte Löhne für alle. Das stärkt die Kaufkraft der breiten Masse und hilft damit letztlich wiederum der Schweizer Wirtschaft. Wir wollen aber auch zusätzlich spezielle Lohnerhöhungen für die Frauen. Und das mit gutem Grund: Denn auch hier sind die Fakten klar und die Zahlen eindrücklich: Die durchschnittliche Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen bei gleichwertiger Arbeit beträgt noch immer 20 %. Dies ist eine inakzeptable Lohndiskriminierung und ein nicht zu rechtfertigender „Lohnklau“ der Arbeitgeber an den Frauen.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund stellt nicht nur den 1. Mai 2006 unter das Motto „Löhne rauf – und Lohngleichheit jetzt!“. Diese Forderungen nach mehr Lohngerechtigkeit werden wir das ganze Jahr über vertreten. Für den Erfolg dieser Kampagne braucht es möglichst viele engagierte und couragierte Menschen. Deshalb ruf ich schon heute dazu auf: Macht an den entsprechenden Aktionen mit und kommt möglichst zahlreich an die grosse gewerkschaftliche Lohndemo vom 23. September 06 in Bern.

Für ein flexibles AHV-Alter

Ein weiteres wichtiges Anliegen der Gewerkschaften ist endlich ein flexibles Rentenalter. Das Versprechen eines sozialen, flexiblen Rentenalters ist bei der 11. AHV-Revision gebrochen worden. Und obwohl wir vor zwei Jahren diesen Sozialabbau bachab geschickt haben, kommt Bundesrat Couchepin mit neuen unsozialen Vorschlägen für die nächste AHV-Revision. Auch Bundesrat Couchepin scheint manchmal etwas abgehoben zu sein. Er missachtet den Volkswillen und postuliert wiederum ein höheres Rentenalter. Doch, was passiert heute in vielen Branchen und Betrieben wirklich?

Immer weniger Menschen erreichen noch auf normalem Weg das Rentenalter 65. Wer nicht bis zuletzt 120 Prozent Leistung bringt, wird bereits vorgängig ausgemustert. Im besten Fall durch ein anständiges, durch die Firma mitfinanziertes Frühpensionierungsmodell. Im schlechtesten Fall durch eine kalte Entlassung ohne soziale Abfederung. Abgeschoben zur Arbeitslosenkasse, werden diese Menschen nicht selten geknickt, dann krank und manchmal sogar noch zu IV- oder Sozialfällen. Dies ist ein unwürdige Schauspiel in einem der reichsten Länder der Welt. Was es braucht, ist eine flexible Lösung beim Altersrücktritt. Wer nach langen Jahren in einer belastenden Tätigkeit gesundheitlich beeinträchtigt ist, muss eine Möglichkeit haben, in Würde und Anstand und ohne grosse Einbussen vor dem ordentlichen Rentenalter aus dem Erwerbsleben aussteigen zu können. Heute können sich dies nur die Reichen leisten. Mit der kürzlich eingereichten Volksinitiative der Gewerkschaften für ein flexibles Rentenalter ab 62 wollen wir das ändern.

Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit

Während die älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer also nach Couchepins Wünschen arbeiten sollen bis zum umfallen, fehlen den Jungen allzu oft Jobs und Ausbildungsplätze. Das ist gefährlich. Denn, Jugendarbeitslosigkeit ist eine soziale Zeitbombe. Jugendliche, die keine Perspektive erhalten, laufen Gefahr, ihren Halt in der Gesellschaft zu verlieren. Mit allen negativen Begleiterscheinungen und sozialen Langzeitkosten. Die Jugendarbeitslosigkeit im Kanton Aargau liegt über dem gesamtschweizerischen Durchschnitt. Ich habe deshalb schon verschiedene Vorstösse im Grossen Rat zu diesem Thema lanciert. Demnächst steht ein Postulat von mir zur Behandlung an, welches den Regierungsrat einlädt, Massnahmen zu treffen, damit Lehrbetriebe finanziell entlastet werden können. Das Ziel ist, dass wieder mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich auf sehr hohem Niveau stabilisiert. Sie ist bei den 20- bis 24-Jährigen heute doppelt so hoch wie die durchschnittliche Arbeitslosigkeit. Von den aktuell rund 10'000 registrierten Arbeitslosen im Aargau waren Ende März 3300 maximal 29 Jahre alt. Also praktisch jeder Dritte. Das ist bedenklich.

Die Arbeitslosigkeit der 15- bis 19-Jährigen ist durch eine strukturelle Zunahme über die letzten Jahre gekennzeichnet. Es fehlen ganz einfach Ausbildungsplätze. Gemäss einer kantonalen Publikation des Amtes für Wirtschaft und Arbeit, dem "AWA-Flash", Ausgabe Nr. 1 2005, bilden im Aargau heute nur noch rund 20 % der Betriebe Lehrlinge aus. Die Jugendarbeitslosigkeit dieser Altersklasse wird daher unabhängig von der Entwicklung der Gesamtarbeitslosigkeit weiterhin ein dringendes Thema bleiben.

Berufsbildungsfonds schaffen

Die Aargauer Regierung hat die Jugendarbeitslosigkeit mit allen ihren negativen Folgen als Problem erkannt und schon einiges unternommen. Als Stichworte seien hier Projekte angeführt wie „Junior Mentorin“ oder „Rent-a-Stift“. Das sind gute und wichtige Projekte. Jetzt gilt es aber, den nächsten Schritt zu tun, und diejenigen Betriebe nachhaltig zu entlasten, die in die Ausbildung unserer Jugend aktiv investieren und damit den Werk- und Denkplatz Aargau stärken. Also jene, die Lehrstellen anbieten, sollen belohnt werden. In diesem Bereich gibt es noch einiges zu tun. Die Kantone Genf, Freiburg, Neuenburg und Wallis haben es bereits vorgemacht. Sie engagierten sich dafür, dass kantonale Berufsbildungsfonds ins Leben gerufen wurden. Mit Erfolg. Ein kantonaler Berufsbildungsfonds ist eine gute Idee.

Die Jugend ist unsere Zukunft. Was dem Aargau gut tun würde, wäre ein eigentliches „Bündnis für mehr Lehrstellen“, welches das Ziel eines kantonalen Berufsbildungsfonds zwecks Lehrstellenförderung ernsthaft verfolgt. Die JUSO Aargau strebt ein solches Bündnis an. Sie wird dabei auf meine Unterstützung zählen können. Solidarisieren auch Sie sich mit dieser guten Idee.